2018/37 Inland

https://www.jungle.world/artikel/2018/37/den-rechten-gehts-ums-ganze

Nicht nur in Chemnitz zeigt die extreme Rechte, dass sie den »Systemsturz« will

Den Rechten gehts ums Ganze

Von **Richard Gebhardt**

Ob auf den Straßen von Chemnitz oder in den Parlamenten – der extremen Rechten geht es nicht einfach um die demokratische Ablösung der Regierung Merkel. Sie befindet sich im Kampf gegen das imaginierte System einer »Kanzler-Diktatorin«.

Es geht um das System, genauer gesagt: das »System Merkel«. Das ist gemeint, wenn auf deutschen Straßen regelmäßig der Ruf »Merkel muss weg« angestimmt wird. Ein Redner forderte jüngst während einer Demonstration in Chemnitz eine »neue Wende«, die gründlicher sein müsse als die im Jahr 1989. Alexander Gauland sehnte kürzlich im Gespräch mit der FAZ für die Bundesrepublik eine »friedliche Revolution« herbei. Zum Gegner erklärte der Bundesvorsitzende der AfD »diejenigen, die die Politik Merkels mittragen«. Dazu gehörten »auch Leute aus anderen Parteien und leider auch aus den Medien«. Sein Wunsch für die Zukunft: »Die möchte ich aus der Verantwortung vertreiben.«

Gaulands Kampfansage an jene Politiker und Journalisten, die im Jargon der AfD auch »Systemlinge« genannt werden, ist wenig überraschend. Bemerkenswert ist allerdings, wie offensiv sich derzeit auch Teile von Regierung und Staatsapparat gegen die Politik der Bundeskanzlerin richten. Nachdem Angela Merkels Regierungssprecher Steffen Seibert die Vorfälle in Chemnitz öffentlich als »Hetzjagden« verurteilt hatte, zeigten sich erneut die tiefgreifenden Konflikte in der Union.

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) führte seine Konfrontation mit Merkel fort und postulierte, die »Migrationsfrage« sei die »Mutter aller politischen Probleme in diesem Land«. Zudem setzte er eine besondere Pointe: Während in Presse und Politik noch über die faktische Allianz aus AfD, extrem rechten Hooligans und »besorgten Bürgern« debattiert wurde, sagte Seehofer der Rheinischen Post, er wäre, wenn er nicht Minister wäre, »als Staatsbürger auch auf die Straße gegangen – natürlich nicht gemeinsam mit Radikalen«. Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, zweifelte nach Absprache mit dem Innenministerium in Bild die Belege für »Hetzjagden« in Chemnitz an. Das war ein öffentlicher Affront gegen Merkels Regierungssprecher – und

damit auch gegen die Kanzlerin.

> In Chemnitz zeigte sich erneut eine Bewegung von rechts, die mit ihrem parlamentarischen Arm, der AfD, gegen eine vermeintliche »DDR 2.0« antritt.

Merkels rechte Gegner greifen an unterschiedlichen Stellen an. Es ist eine Bewegung, die gemeinsam mit ihrem parlamentarischen Arm, der AfD, gegen eine imaginierte »DDR 2.0« antritt. Der AfD geht es um weitaus mehr als nur darum, eine Regierung abzulösen. Gauland hat in der FAZ laut ausgesprochen, was in seinem politischen Milieu seit Jahren gedacht wird. Die Anhänger der AfD sehen sich als demokratische Revolutionäre gegen das »System« einer – O-Ton Gauland – »Kanzler-Diktatorin«, die, um nur einen von vielen Vorwürfen zu nennen, unter Aussetzung geltender Gesetze einen »Willkommensputsch« zur illegalen Grenzöffnung durchgeführt habe. Die rechten Systemgegner sehen sich nicht nur im Internet von »Maasi« verfolgt – als wäre der ehemalige Justiz- und derzeitige Außenminister Heiko Maas (SPD) wegen seiner – durchaus auch von links zu kritisierenden – Maßnahmen gegen virtuelle Volksverhetzung ein Wiedergänger des Ministers für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke. Der Furor richtet sich zudem gegen »Systemmedien«, die die Nationalität und Religionszugehörigkeit von Gewalttätern verschwiegen und stattdessen die »Willkommenskultur« besinnungslos bejubelten. Und obwohl besonders Bild seit Monaten die Herkunft mutmaßlicher Gewalttäter in großen Lettern betont, grassiert hartnäckig der Verdacht einer »politisch korrekten« Zensur in der Bundesrepublik.

Der Systemvergleich zwischen DDR und Bundesrepublik wirkt vielfach bizarr: Nicht nur, dass in der DDR lediglich Block-, aber keine Oppositionsparteien zu den Wahlen zugelassen waren, während die mit öffentlichen Geldern ausgestatteten AfD-Granden hierzulande Revoluzzer spielen – wann etwa waren an den Bahnhofskiosken der DDR jemals systemkritische Blätter zu erwerben? Heutzutage füllt Polit-Trash die Regale, Magazine wie Compact werben für den Sturz der Kanzlerin. Und die Zensur? Gut dotierte Dissidenten der Bundesrepublik wie Thilo Sarrazin verlieren bisweilen zwar tatsächlich ihren bisherigen Verlag oder Posten im Vorstand der Bundesbank. Sie sind aber Titelthema nicht nur in Bild und Dauergäste jener Talkshows, in die bereits der AfD-Mitgründer Bernd Lucke ständig eingeladen wurde, als seine damalige Honoratiorenpartei noch über kein einziges kommunales Mandat verfügte. Zudem: Wäre es vorstellbar gewesen, dass der letzte SED-Staatsratsvorsitzende Egon Krenz seinem Vorgänger Erich Honecker eine »Herrschaft des Unrechts« attestiert hätte? Zu den beliebtesten Gästen der CSU gehört zurzeit der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, einer der größten Gegner der Kanzlerin und der »liberalen Demokratien« des Westens. Was wäre wohl passiert, wenn die Ost-CDU einen ausländischen Staatsgast zur Generalabrechnung mit den anderen Blockparteien geladen hätte?

Aber eine solche ideologiekritische Zurückweisung dürfte die rechten Adressaten nicht beeindrucken. Denn der Verweis auf die vermeintlichen Ähnlichkeiten des »Merkel-Regimes« mit dem System der DDR verschafft deren Tun eine exklusive Legitimität. So

wird der Justizbeamte, der den Haftbefehl gegen die mutmaßlichen Täter von Chemnitz rechtswidrig veröffentlichte, in einschlägigen Foren als whistleblower gefeiert. Hier drückt sich eine politische Stimmung aus, in der das Handeln der derzeitigen Regierung als reiner Willkürakt empfunden wird. Flüchtlinge gelten als Invasoren, wie nach 1989 die Treuhand als Kolonialbehörde betrachtet wurde. Beide Feindbilder – Flüchtlinge und Treuhand – stehen zugleich für einen Ausverkauf durch »Volksverräter«. Gauland spricht im Namen jener, die diese Sichtweise zur absoluten Wahrheit erheben und – wie im Fall Chemnitz – bei jedem Gewaltverbrechen, das Migranten zugeschrieben wird, noch vor dem Bericht der Staatsanwaltschaft eigene »Fakten« präsentieren.

Es sei »normal, dass Menschen dann ausrasten«, sagte Gauland mit Blick auf die Demonstrationen, die in Chemnitz auf das Tötungsdelikt folgten. Er verschwieg, dass gerade gemäß dieser Mentalität eine besondere politische Gewichtung der Kriminalitätsopfer vorgenommen wird: Öffentlich betrauert werden jene, die von »fremder Hand« getötet wurden; die anderen Opfer verbleiben in der Anonymität. Diese Stimmung wird auch durch eine Politik der Angst erzeugt, die öffentlich verhandelte Probleme wie jihadistische Anschläge oder von Flüchtlingen verübte Gewalttaten gerade nicht politisch bearbeitet, sondern instrumentalisiert.

Auch wenn Seehofer mit seinen Angriffen auf die Kanzlerin bisweilen wie Gaulands Sekundant wirkt, verfolgen beide unterschiedliche Interessen. Seehofer will eine Proteststimmung, die er selbst miterzeugt hat, wieder eindämmen und in Bahnen lenken, die der CSU nutzen, vordringlich in der anstehenden Landtagswahl in Bayern. Der ehemalige Christdemokrat Gauland hingegen ist die führende Figur jener Partei rechts von der CSU, vor der Franz Josef Strauß immer gewarnt hat. Seehofer bleibt ein krachlederner Konservativer bajuwarisch-bundesrepublikanischer Prägung. Die Angriffe von Gaulands AfD gegen die Kirchen und die Nato stellen dagegen längst einen Bruch mit der konservativen Politik der Unionsparteien von Adenauer und Strauß dar.

Die Polemik wider das »System Merkel« veranschaulicht auch die Erfolgsvoraussetzungen und Funktionsweise des Rechtspopulismus. Für Gauland und sein Gefolge ist das Feindbild Merkel lebenswichtig. Es ist keineswegs klar, ob die Provokationsstrategie der AfD nach dem Ende der amtierenden Regierung noch wirken würde. Und der größte Rückhalt für Merkel ist derzeit noch die parteiübergreifende Abgrenzung von der AfD. Ironischerweise hätte gerade der Wahlerfolg der deutschen Apologeten einer »illiberalen Demokratie« im vergangenen Jahr beinahe eine »Jamaika-Koalition« möglich gemacht. Die AfD hätte somit die Liberalisierung der Union unter Merkel auf die Spitze getrieben.

Seehofer und Gauland sind die prominentesten Vertreter des populistischen Protests von Regierenden und rechten Revoluzzern. Dagegen regt sich auch Widerspruch aus bürgerlichen Kreisen. Die Sonntagsausgabe der FAZ verurteilt Seehofers Bierzeltrhetorik scharf mit den Worten, man könne »keine besorgten Bürger angeln, indem man Nazis ködert«. Den AfD-Vorsitzenden Gauland bezeichnete die Zeitung als »Brandstifter im Biedermann-Sakko«. Auch klassische Konservative scheinen derzeit zu ahnen, wer da mit dem »System Merkel« sonst noch verjagt werden soll.

© Jungle World Verlags GmbH